

Dies ist eine digitale kostenlose Leseprobe.  
Der vollständige Text des Werks ist erhältlich  
als Print- sowie als E-Bookversion unter:

[www.deutschland-ist-asozial.de](http://www.deutschland-ist-asozial.de)

## Impressum



© 2021 RHINOVERLAG Dr. Lutz Gebhardt & Söhne GmbH & Co. KG

Am Hang 27, 98693 Ilmenau  
Tel.: 03677 / 46628-0, Fax: 03677 / 46628-80  
[www.RhinoVerlag.de](http://www.RhinoVerlag.de)

1. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung – auch von Teilen – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Verlages. Das gilt insbesondere für Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verbreitung in elektronischen Systemen.

**Titelgestaltung:** Verlag *grünes herz*<sup>®</sup>, Sibylle Senftleben

**Satz:** Verlag *grünes herz*<sup>®</sup>, Nicole Güntek

**Druck:** Florjančič tisk d.o.o., Maribor

**ISBN: 978-3-95560-889-7**

LESEPROBE

**Stefan Daniel Krempf**

**DEUTSCH  
LAND  
IST  
ASOZIAL**

Wie wir von der Politik systematisch benachteiligt werden –  
Mechanismen der sozialen Ungleichheit

# Symbole und Markierungen

Erläuterung

Definitionen, Hintergrundinformationen, Beispiele finden Sie in den Erläuterungen in der Marginalspalte.

*Kommentar*

Autorenkommentare.



Manchmal fragt der gesunde Menschenverstand: Warum? Warum ist es nicht anders, obwohl es vermeintlich so einfach wäre? In diesem Buch werden Sie häufig auf solche Fragen treffen.



Das Ausrufezeichen bietet Ihnen einen Lösungsansatz für die behandelten Probleme oder macht auf einen besonderen Umstand aufmerksam.



An dieser Stelle finden Sie Beispiele, die Fakten der Problemstellung erklären und unterstreichen.



Nice to know!

Manchmal gibt es Informationen, die sind einfach nur gut zu wissen. Die Glühlampe markiert Ihnen interessante Stellen im Text



Emoticons. Manchmal sagt ein Bild bzw. ein Blick mehr als tausend Worte. Hin und wieder werden Sie daher einen solchen Blick finden.

---

# Einführung

Die soziale Ungleichheit in Deutschland kommt nicht aus dem Nichts – sie ist gemacht, und zwar von den Volksvertretern, die das Volk nicht „ver“treten, sondern eher „zer“treten.

Es gibt nicht einen einzelnen großen Umverteilungsmechanismus von arm zu reich, sondern viele verschiedene politische Maßnahmen, die zusammen genommen genau diesen Effekt begünstigen, sogar darauf abzielen. Einige davon werde ich in diesem Buch beschreiben und Alternativen aufzeigen.

Im Anschluss werde ich darauf eingehen, wie es der Elite in Deutschland gelingt, die Demokratie so zu manipulieren, dass die meisten Menschen von der Ungerechtigkeit wenig merken und die gegenwärtige Politik weiterhin unterstützen. Aber auch Menschen, denen bewusst ist, dass sie von der Politik benachteiligt werden, blenden dies oft aus. Denn niemand sieht sich gerne als Verlierer. Es gehört also ein gewisses Maß an Selbstsicherheit dazu, dieses Buch zu lesen, weil man gegebenenfalls erkennt, dass man selbst als gebildeter Mensch mit mittlerem Einkommen in vielen Lebensbereichen benachteiligt wird.

Abschließend stelle ich einen Lösungsvorschlag zur Diskussion, der die Probleme des gegenwärtigen Systems lösen könnte, indem die Demokratie gestärkt und weniger anfällig für Manipulation gemacht wird.

Begleiten Sie mich auf meinen Ausführungen und Sie werden feststellen, dass Ihre Welt am Ende dieses Buches eine andere ist... oder endlich die ist, die sie in Wirklichkeit schon immer war.

---

# Wie wir um unseren Lohn betrogen werden

Wer wenig verdient, dem nimmt der Staat prozentual viel mehr weg als Gutverdienern. Das zeigt sich darin, dass Geringverdiener anteilig mehr Sozialversicherungsbeiträge und in vielen Fällen auch höhere Steuern zahlen müssen.

## Sozialversicherungsbeiträge

Beitragsbemessungsgrenze bei Sozialversicherungsbeiträgen – das klingt zuerst mal so, als ob Geringverdiener erst ab einem bestimmten Einkommen Sozialabgaben auf ihren Verdienst entrichten müssten bzw. einen geringeren Prozentsatz abführen müssten. Aber das Buch heißt ja „Deutschland ist asozial“, also würde so eine soziale Politik nicht zum Titel und unserem Land passen. In der Realität ist es in Deutschland auch genau andersherum: Wer ein hohes Einkommen hat, muss prozentual weniger Sozialversicherungsbeiträge entrichten. Ab einem Jahreseinkommen von 82.800 Euro (alte Bundesländer) muss für alles was darüber hinaus verdient wird, kein Beitrag mehr für die Renten- und Arbeitslosenversicherung entrichtet werden. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung wird das Gehalt über 56.250 Euro pro Jahr nicht mehr mit Krankenversicherungsbeiträgen belastet.



Im Endeffekt muss ein Spitzenverdiener einen geringeren Prozentsatz seines Einkommens für Sozialabgaben abführen als ein Geringverdiener. Es wäre schon unsozial, wenn jeder, ungeachtet der Einkünfte, den gleichen Prozentsatz des Einkommens für Sozialversicherungen abführen muss – richtig asozial ist jedoch, dass diejenigen mit einem hohen Einkommen einen geringeren Prozentsatz zahlen.



Wieso wird die Beitragsbemessungsgrenze für Besserverdiener nicht abgeschafft und stattdessen eine Beitragsbemessungsgrenze für Geringverdiener eingeführt? Diese müssten dann keine Sozialabgaben abführen, was ihnen mehr Nettoeinkommen und damit weniger Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen ermöglichen würde. Darüber hinaus würde somit auch die Schwarzarbeit zurückgedrängt werden. Denkbar wäre auch, Sozialversicherungsbeiträge über die progressive Einkommenssteuer zu erheben, damit Personen mit höheren Einkünften auch mehr Sozialbeiträge entrichten.

### Steuerungleichheit bei Privatpersonen



A ist Arbeitnehmer. Er erwirtschaftet für seinen Arbeitgeber Leistungen im Gegenwert von rund 100.000 Euro im Jahr. Die Aufwendungen von A's Arbeitgeber (für seinen Lohn sowie die Lohnnebenkosten) betragen pro Jahr für ihn rund 50.000 Euro. B ist faul. Sie arbeitet nicht, aber hat geerbt und sich dafür ein Mehrfamili-

enhaus gekauft. Das war günstig, weil es schon alt und nicht modernisiert ist. Sie vermietet die Wohnungen und lässt mit den Mieteinnahmen, die über dem Steuerfreibetrag liegen, jedes Jahr Modernisierungsmaßnahmen durchführen, die sie von der Steuer abziehen kann. Somit zahlt B auf ihre Mieteinnahmen nicht nur keine Sozialabgaben, sondern auch keine Steuern. Nach 10 Jahren ist das komplette Haus top renoviert und damit viel mehr wert. Jetzt verkauft B es und macht einen Gewinn von 500.000 Euro – darauf muss sie weder Sozialabgaben noch Steuern zahlen – und das alles ganz legal.

Kommen wir zurück zu A. Von den 50.000 Euro pro Jahr, die sein Arbeitgeber für ihn aufwendet, bleiben A nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben gerade einmal rund 26.000 Euro übrig (Nettolohn.de, 2020). Nach 10 Jahren geleisteter Arbeit im Gegenwert von einer Million Euro, für die A's Arbeitgeber 500.000 Euro für A ausgegeben hat, hat A nur 260.000 Euro bekommen – davon musste er natürlich Kosten tragen, z. B. für die Fahrten zur Arbeitsstätte oder fürs Essen in der Mittagspause, die er aufgrund seiner Berufstätigkeit hat. Von den 500.000 Euro Gewinn durch die Immobilienveräußerung von B bleiben ihr hingegen die kompletten 500.000 Euro.

Das Beispiel ist übrigens nicht unrealistisch, denn eine Investition in Immobilien hat in den letzten 10 Jahren z. B. in Berlin einen Wertzuwachs von 152 % erbracht (also 15 % jährlich, während es auf dem Sparbuch 0 % Zinsen gab). In München war die Wertsteigerung übrigens noch größer (Müller, 2019). Berlin und München sind keine



absolute Ausnahme, denn auch in einigen Städten die als B-Lage klassifiziert werden, wie z. B. Nürnberg, haben sich die Immobilienpreise in den letzten 15 Jahren verdoppelt (Fuchsbauer, 2019).

Aber nicht nur im Immobilienbereich zeigt sich, wie ungerecht die deutsche Einkommenssteuer ist.



Angestellte A ist begabt und fleißig. Ihr Arbeitgeber lässt sich ihre Arbeit deshalb 100.000 Euro pro Jahr kosten. B spekuliert gerne an der Börse und erwirtschaftet damit 100.000 Euro pro Jahr. Beide sind alleinstehend und kinderlos und haben demnach beide die Steuerklasse 1. Nun bleiben A von den 100.000 Euro aber lediglich 47.000 Euro Nettogehalt übrig (Nettolohn.de, 2020). B muss auf seine Spekulationsgewinne und Dividenden aber maximal 25 % Steuern (plus einen geringen Solidaritätszuschlag und bei Kirchenmitgliedschaft evtl. Kirchensteuer) aber keine Sozialabgaben bezahlen. Damit bleiben B am Ende des Jahres 73.836 Euro – und wenn B keine weiteren Einkünfte hat und der Sparerpauschalbetrag nicht anderweitig genutzt wurde, sogar noch viel mehr.



Denn 25 % ist die maximale Steuer für Börsengewinne bzw. Dividenden. Erstmal kann der Sparerpauschalbetrag und dann der Steuerfreibetrag der Einkommenssteuer abgezogen werden, danach kann eine viel niedrigere Einkommenssteuer angesetzt werden. Erst wenn der Betrag die Einkommenssteuerschwelle von 25 % übersteigt, wird die maximale Steuer von 25 % für diese Einkommensart fällig.



Für Personen mit besonders hohen Einkünften kommen noch ganz andere legale Steuervermeidungsmethoden dazu, z. B. kann jemand seinen Wohnsitz in ein Steuerparadies verlegen – ob die Person wirklich mehr als 180 Tage im Jahr dort ist, kann nicht überprüft werden. Fakt ist, die Steuerpflichtigkeit ist an das Land gekoppelt, in dem jemand gemeldet ist. In Monaco z. B. gibt es in den meisten Fällen überhaupt keine Einkommenssteuer (Monte-Carlo.mc, n. d.).

Anders als Deutschland lassen sich aber die USA z. B. von Steuervermeidern nicht auf der Nase herumtanzen – denn jeder mit einer US-Staatsbürgerschaft muss an die US-Behörden Steuern bezahlen, egal wo er auf der Welt lebt und wo er sein Geld verdient. Eine Verlegung des Wohnsitzes zum Steuern sparen ist also sinnlos. Wer die US-amerikanische Staatsbürgerschaft abgeben will, bezahlt sogar eine hohe Austrittssteuer (Exit-Tax). Das ergibt Sinn, denn eine Staatsbürgerschaft gibt Rechte, z. B. Hilfe durch eine Botschaft im Ausland. Wenn jemand in einem Land die Schule besucht und eine Ausbildung gemacht hat, später aber im Ausland Geld verdient, würde das Heimatland mit dieser Person Geld verlieren. Deshalb ist die Steuerpflichtigkeit bzw. eine Austrittssteuer für Bürger eines Landes gerechtfertigt, egal wo sie leben und arbeiten.

Im Falle der Einkommenssteuer wird Einkommen aus Arbeit stärker besteuert als





Einkünfte aus Spekulationen oder Gewinnen usw. Wieso werden nicht alle Einkünfte gleichermaßen mit Sozialabgaben und dem persönlichen Steuersatz belastet? Und wieso können Personen, die in Deutschland Geld verdienen, in einem Steuerparadies steuerpflichtig sein?

### Steuerfreibeträge für Kinder nur relevant für Besserverdiener

Für jedes Kind gibt es einen Steuerfreibetrag, d. h. die Einkommenssteuer sinkt mit der Anzahl der Kinder. Aber was ist mit Familien, deren Einkommen so gering ist, dass sie sowieso kaum Steuern zahlen? Die haben dann nicht viel von diesem Steuerfreibetrag.



Wieso gibt es keine Freibeträge für Sozialabgaben? Diese werden ab dem ersten verdienten Cent eines sozialabgabepflichtigen Einkommens abgezogen. Dass Familien bei den Sozialabgaben entlastet werden, z. B. durch einen Freibetrag für Kinder, wäre nicht nur sozial, sondern auch gerecht, da Kinder die künftigen Beitragszahler sind und deren Erziehung somit auch ein Dienst an der Allgemeinheit ist.



### Erbschaftssteuer

Wer reich ist, hat scheinbar viel geleistet – oder hatte einfach Glück. Denn nicht Lotto,

sondern Erbschaft macht die meisten Millionäre. Es überrascht nicht, dass zwei Drittel der Millionäre in Deutschland laut einer Umfrage durch Erbschaft bzw. Schenkung zu ihrem Vermögen kamen (Zeit, 2016).

Nehmen wir mal wieder A und B. A kommt aus einer kinderreichen Familie der Mittelschicht. Da die Eltern viel Geld für Miete bezahlen mussten, um Platz für ihre Kinder zu haben, besitzen sie nur wenige Ersparnisse – die nach deren Ableben auch noch durch die Anzahl der Kinder geteilt werden, sodass jedes einzelne Kind kaum etwas erbt.



B kommt aus einer reichen Familie und hat zudem keine Geschwister – sie erbt 200.000 Euro von den Großeltern von Seiten der Mutter, nochmals 200.000 Euro von den Großeltern väterlicherseits und 400.000 Euro von den Eltern. Davor gab es schon im Abstand von 10 Jahren mehrere Schenkungen von je 400.000 Euro von den Eltern und auch einige Schenkungen in Höhe von je 200.000 Euro von den Großeltern. B ist also ohne jegliche Arbeit zu einem Millionenvermögen gekommen, ohne dafür auch nur einen Cent an Steuern oder Sozialabgaben bezahlt zu haben – und das alles ganz legal, denn sowohl die Schenkungen wie auch die Erbschaften blieben immer unter den Freibetragsgrenzen.

Das Beispiel mag sehr theoretisch klingen, aber wenn man sich die Zahlen in der Praxis ansieht, ist so eine Strategie der Vermögensübertragung bei Wohlhabenden durchaus üblich. Denn obwohl im Jahr 2018 rund 31.000.000.000 Euro (31 Milliarden)



in Deutschland vererbt wurden, fiel durchschnittlich nur ein Steuersatz von 5 % darauf an. Personen, die mehr als 100.000.000 Euro geerbt hatten, mussten sogar nur einen durchschnittlichen Steuersatz von 0,2 % darauf entrichten (Spiegel.de, 2019).

Ohne Erbschaft wird es schwierig mit dem Reichtum, denn auch wenn A vom ersten Tag ihres Lebens jeden Tag zehn Euro zurücklegt, um irgendwann auch Millionärin zu sein, müsste sie 274 Jahre alt werden, um das zu schaffen – aber auch nur, wenn die Inflationsrate bei 0 % liegt. Dass Reichtum in der Familie bleibt, zeigt sich am deutlichsten darin, dass Familien, die im Mittelalter vor 600 Jahren zu den Reichsten zählten, heutzutage immer noch zu den reichsten Dynastien gehören (Stocker, 2016).



Ohne Umverteilung durch z. B. eine nennenswerte Erbschafts- und Schenkungssteuer, die nicht einfach umgangen werden kann, wird sich die soziale Ungleichheit mehr und mehr verschärfen. Das ist nicht nur sozial ungerecht, sondern nach jeglicher moralischen Vorstellung ungerecht, denn Personen werden belohnt, die nichts dafür leisten mussten. Darüber hinaus führt es dazu, dass nicht die Leistungsträger, sondern deren Erben ohne jegliche erbrachte Leistung zu den Wohlhabendsten gehören. Wer Geld hat, kann dies auch einsetzen, um Einfluss auszuüben. Jemanden, der seinen Reichtum selbst erwirtschaftet hat, würde ich persönlich eine gewisse Intelligenz un-



terstellen – dies muss bei deren Nachkommen aber nicht der Fall sein. Also besteht die Gefahr, dass Menschen mit wenig Intelligenz großen politischen Einfluss haben. Einige davon werden sogar zu Präsidenten.

### Kosten für Pflegeheime

Die steuerfreie Übertragung von Vermögen führt nicht nur zu Steuerausfällen sondern in vielen Fällen auch zu hohen Kosten für die Steuerzahler:

Die Eltern von A gehen in ein Pflegeheim. Sie zahlen dafür monatlich genau den durchschnittlichen Eigenbeitrag für ein Pflegeheim in Nordrhein-Westfalen von 2.357 Euro – pro Person, und ohne den Anteil, den die Pflegeversicherung übernimmt. Dass die Unterbringung in Pflegeheimen so teuer ist, liegt übrigens nicht nur an den Personalaufwand für die Pflege, denn auch die Heimbetreiber bzw. die Vermieter des Pflegeheimes verdienen kräftig mit. Schließlich sind Investitionen in Immobilien, die als Pflegeheime genutzt werden, lukrativer als Investitionen in Hotels, Büros oder andere Gewerbeobjekte (Schwaldt, 2015).



Monatlich verlieren also beide 4.714 Euro ihrer Ersparnisse. Da sie sich auch mal etwas kaufen oder ausgehen wollen, brauchen sie natürlich noch mehr Geld. Das Vermögen der Eltern von A, inklusive deren Wohnhaus, wird also sukzessive aufgebraucht bis nur noch ein Grundfreibetrag von 5.000 Euro pro Person übrig ist. Wenn schon ihr ganzes Vermögen für das Heim draufgeht – haben die Eltern von A es dann we-

nigstens gut dort? Ein Viertel bis ein Drittel des Pflegepersonals in NRW gab in einer Studie von 2004 an, dass sie selbst bereits Täter bzw. Zeuge einer Misshandlung von Heimbewohnern durch Pflegekräfte wurden (Garms-Hormolova et al., 2004). Auch ansonsten ist Vernachlässigung in Pflegeheimen alltäglich, wie die zahlreichen Skandale der letzten Jahre zeigen.

Die Eltern von B gehen in das gleiche Pflegeheim und bekommen die gleichen Leistungen. Sie haben ihr Vermögen aber schon frühzeitig an B übertragen. Die Kosten für das Pflegeheim werden komplett vom Staat übernommen. B verdient mit 95.000 Euro Jahreseinkommen zwar sehr gut, aber muss sich trotzdem nicht an den Heimkosten ihrer Eltern beteiligen, weil dies erst ab einem Einkommen von über 100.000 Euro vorgeschrieben ist. Auch wenn die Eltern von B noch weitere Kinder mit ebenso hohen Einkünften hätten, würde trotzdem das Sozialamt die Kosten komplett übernehmen (NDR, 2020).



Niemand weiß, ob oder für wie lange er oder sie in ein Pflegeheim muss. Da wäre es doch angebracht, die staatliche Pflegeversicherung so auszubauen, dass die gesamten Heimkosten übernommen werden können. Angesichts der hohen Profitmargen von Vermietern von Pflegeheimen und zahlreichen Skandalen in privatwirtschaftlichen Pflegeheimen wären staatliche Pflegeeinrichtungen eine günstigere und bessere Alternative.



## Mehrwertsteuer

Wer wenig Einkommen hat, verbraucht das meiste davon. Deshalb haben die unteren Einkommensschichten auch prozentual gerechnet eine viel höhere Konsumquote als Menschen mit höheren Einkünften.

Es ist oft schwer verständlich, wieso einige Produkte und Dienstleistungen mit 7 oder 19 % und manche gar nicht besteuert werden. Die meisten Lebensmittel wie Äpfel werden nur mit 7 % besteuert, Apfelsaft aber mit 19 %. Windeln unterliegen dem vollen Mehrwertsteuersatz von 19 %, Schnittblumen dagegen müssen nur mit 7 % besteuert werden (WiWo, n. d.). Dass Familien eher Windeln als Schnittblumen kaufen, scheint die Politik nicht zu interessieren.



Die Mehrwertsteuer bedeutet auch, dass Menschen doppelt besteuert werden – zuerst über die Einkommenssteuer, wenn sie ihr Entgelt erwirtschaften, und danach, wenn sie es ausgeben, über die Konsumsteuern.

Auch beim Thema Wohnen benachteiligt die Mehrwertsteuer Privatleute und bevorzugt Investoren:

A hat sich ein altes Haus gekauft. Dieses muss renoviert werden. Bis das Haus in einen guten Zustand versetzt ist, sind Renovierungsmaßnahmen im Wert von 100.000 Euro nötig. Unternehmer B kauft ein identisches Haus, auch hier



---

# Warum für uns alles teurer ist als für Reiche

Wenn man zur Mittel- oder Unterschicht gehört, bleibt dies voraussichtlich lebenslang so, weil Vieles teurer ist als für die Oberschicht.

## Teure Kinderbetreuung

Wenn in einer Familie mit geringem Einkommen Kinder geboren werden, stellt sich oft die Frage, ob die Frau wieder arbeiten gehen sollte und ob sich das überhaupt lohnt. Dass Frauen (Männer sind es in der Praxis kaum) nach der Babypause wieder ins Berufsleben zurückkehren, ist gesellschaftlich gesehen sinnvoll, da ihre Qualifikation der Wirtschaft verloren gehen würde, wenn sie ausschließlich als Hausfrauen tätig wären. Aber was macht die Politik? In vielen Fällen sorgt sie dafür, dass es für Frauen unrentabel ist, wieder ins Berufsleben zurück zu kehren, da u. a. die Gebühren für Kindertagesstätten so hoch sind, dass diese den Löwenanteil des zusätzlichen Nettoeinkommens wieder verschlingen. Wie hoch die Kosten genau sind, hängt von vielen Faktoren ab. Dazu hat jede Kommune andere Berechnungsgrundlagen. In Nürnberg z. B. kostet der Monatsbeitrag für ein Kind rund 270 Euro, in anderen Städten ist es noch teurer, wie



z. B. in Mannheim, wo die städtische Kita über 300 Euro von den Eltern verlangt (Schütt & Meul, n.d.). Private Kinderbetreuungseinrichtungen kosten noch mehr – und diese sind oft nötig, denn es gibt zu wenig öffentliche Kindergärten. Diese privaten Kitas kosten pro Kind aber teilweise über 1.000 Euro im Monat, was den Anreiz wieder zu arbeiten natürlich weiter schmälert. In einigen Städten ist die Kinderbetreuung kostenlos, wie z. B. in Düsseldorf und teilweise in München – aber man muss eben ein sehr hohes Einkommen haben, um sich die dortigen Mieten leisten oder sogar eine Immobilie erwerben zu können, also profitieren vor allem Wohlhabende von den kostenlosen Kinderbetreuungsplätzen. Wenn man noch die Pendelkosten, für die Arbeit angeschaffte Kleidung, Restaurantbesuche in der Mittagspause, die Bring- und Abholkosten für die Kinder und die höhere Einkommenssteuer (verstärkt durch das Ehegattensplitting) berücksichtigt, bleibt bei Durchschnittsverdienern mit Kindern kaum ein nennenswerter Nettostundenlohn übrig.



Warum wird Kinderbetreuung nicht kostenlos angeboten, damit Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert wird und gerade Kinder aus niedrigen sozialen Klassen oder mit einer anderen Muttersprache schon vor der Einschulung optimal gefördert werden?

## Diskriminierung von Armen durch die Privatwirtschaft

Arm sein muss man sich leisten können, denn Vieles ist für arme Menschen viel teurer als für Besserverdiener.

Es fängt bei alltäglichen Dingen wie Versicherungen an – hier bieten viele Versicherer großzügige Rabatte, wenn mehrere Versicherungen bei ihnen abgeschlossen werden. Aber wer braucht viele Versicherungen? Genau, jemand der viel besitzt, z. B. eine Kfz-Kaskoversicherung, Wohngebäudeversicherung, Rechtsschutzversicherung, private Altersvorsorge, Lebensversicherung, Brandschutzversicherung usw. Wer dagegen weniger besitzt, braucht weniger Versicherungen, bzw. sind einige Versicherungen überflüssig, weil z. B. der Hausrat kaum etwas wert ist, das Auto alt ist und keinen Kaskoversicherungsschutz braucht, eine private Altersvorsorge nicht erschwinglich bzw. nicht sinnvoll ist, weil diese dann auf die Grundsicherung angerechnet werden würde, usw. Also geben Versicherer kaum Rabatte und die Versicherungen, die benötigt werden, sind teurer.

Auch geben Versicherungen hohe Rabatte, wenn der Versicherungsnehmer einen hohen Selbstbehalt vereinbart – für jemanden mit genug finanziellen Reserven ist so etwas kein Problem, aber eben nicht geeignet für jemanden, der kaum finanziellen Spielraum hat.



Und es kommt auch vor, dass Versicherungen gar nicht bezahlen, z. B. bei einem Gastwirt, der eine Versicherung gegen eine infektionsbedingte Betriebsschließung abgeschlossen hatte. Nun muss er auch noch die Gerichtskosten tragen, nachdem er den Prozess verlor, weil Covid-19 nicht im Versicherungsvertrag genannt wurde – eben weil diese Infektionskrankheit zur Zeit des Vertragsabschlusses noch nicht existierte (SWR, 2021). Großkonzerne hingegen haben ihre Fachjuristen, die Versicherungsverträge bereits vor dem Abschluss prüfen, damit nicht jahrzehntelang Beiträge für eine Versicherung bezahlt werden, die dann im Schadensfall evtl. doch nicht leistet.

Auch die Finanzbranche zeigt sich nicht gerade sozial, z. B. werben Kreditkartenanbieter mit gratis Serviceleistungen – aber eben nur für gut betuchte Kunden. Ein Girokonto ohne Kontoführungsgebühr gibt es (außer bei Direktbanken) in den meisten Fällen nur bei höheren monatlichen Geldeingängen. Menschen mit niedrigem Einkommen müssen daher oft Girokonten von Banken nutzen, welche Gebühren erheben, die teilweise sehr hoch ausfallen (Biallo, 2020).

Das Zinsniveau ist allgemein niedrig – allerdings nur für Kreditnehmer mit hoher Bonität, Geringverdiener zahlen meist viel höhere Zinsen für einen Kredit oder für die Überziehung des Girokontos. Auch wer eine hohe Bonität hat, aber im falschen Stadtteil wohnt, hat oft Schwierigkeiten ei-

nen günstigen Kredit zu bekommen, denn Algorithmen entscheiden häufig unter anderem aufgrund der Postleitzahl über die Kreditwürdigkeit einer Person (Becker, 2015). Es ist teilweise sogar schwierig einen Mobilfunkvertrag abzuschließen, wenn man im „falschen“ Stadtteil lebt (Verbraucherzentrale, 2019).



Allerdings gibt es auch Unternehmen, die Personen mit geringen Einkünften bessere Konditionen anbieten als Besserverdienern – aber meist müssen diese Personen dann Studenten sein, denn Unternehmer wissen, dass die meisten Studenten von heute die Besserverdiener von morgen sind. Rabatt für Geringverdiener gibt es bei nicht öffentlichen Trägern dagegen sehr selten.

Arm sein ist nicht nur teuer – es sorgt auch dafür, dass das Einkommen niedrig bleibt: Bei Stellenbewerbungen ist nicht jeder gleich, denn auch hier gilt schon die Postleitzahl als Indikator für die soziale Schicht des Bewerbers – und einige Personalmanager sortieren Bewerber aus sozial schwächeren Stadtteilen gerne aus (Altmeier & Fetz, 2014).

Es ist nicht die Schuld der Politik, wenn Menschen mit geringerem sozialem Status durch die private Wirtschaft diskriminiert werden – jedoch hat die Politik Gesetze verabschiedet, die andere Minderheiten vor Diskriminierung als Kunde, Arbeitnehmer und in anderen Lebensbereichen schützen,



Diskriminierung  
aufgrund der sozi-  
alen Klasse

nur bei **Klassismus** gibt es keinen Schutz. Wieso gelten diese Antidiskriminierungsgesetze nicht für Menschen mit niedrigem Einkommen oder anderen Merkmalen eines niedrigen sozioökonomischen Status?

### Bürokratische Hürden für Sozialleistungen

Wer keinen hohen Bildungsgrad erreicht hat und deshalb Geringverdiener oder Sozialleistungsbezieher ist, hat oft Probleme mit bürokratischen Hürden, die es den Berechtigten erschweren ihre Rechte durchzusetzen. Oft sind die Rechte z. B. von Sozialleistungsbezieher\*innen im Juristenjargon verfasst, die nötigen Formulare ebenso. Die komplexe Bürokratie sorgt somit einerseits für ein Informationsdefizit bei vielen Betroffenen, andererseits erschwert es für die Berechtigten die Durchsetzung ihrer Rechte. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass rund zwei Drittel der Berechtigten kein Wohngeld beantragen, obwohl rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland ein Recht darauf hätten (Urbach, 2019).



In vielen Fällen weiß der Staat aufgrund der Einkommensdaten sehr genau, wer evtl. ein Recht auf Sozialleistungen hätte. Wieso werden diese Menschen nicht von den entsprechenden Ämtern darüber informiert, dass es sinnvoll wäre, die Berechtigung zu überprüfen? Hofft der Staat, dass viele Menschen ihre Rechte nicht kennen und

deshalb Hilfen nicht beantragen, damit sich die Staatskasse Geld spart?

### Komplexes Einkommenssteuerrecht

Ein weiteres Beispiel ist das komplexe Steuerrecht. Teilweise ist es auch einfach völlig unlogisch, denn wenn sich ein Kleinanleger z. B. mal an die Börse wagt, kann er nicht einfach die Verluste von den Gewinnen abziehen, denn Aktiengewinne lassen sich nicht mit z. B. Devisenverlusten oder Verlusten bei Aktienfonds verrechnen, sondern nur mit anderen Aktienverlusten. Während Besserverdiener ihre Steuerlast von einem Steuerberater minimieren lassen, ist das für Bezieher niedriger Einkommen oft nicht rentabel bzw. besteht oft ein Wissensdefizit über legale steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten, wodurch die Abgabe einer Steuererklärung in vielen Fällen ganz vermieden wird. Im Durchschnitt bekommt jemand, der eine Steuererklärung abgibt, über 1.000 Euro zurück (Test.de, 2019) – für Menschen mit niedrigem Einkommen ein hoher Betrag.

Ein guter Schritt wäre es, kostenlose Steuerberatung für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen anzubieten oder auch die Einkommenssteuergesetzgebung simpler zu gestalten.



---

# Wer von Immigration profitiert

Ausländer? Migrant? Immigrant? Mensch mit Migrationshintergrund? Flüchtling? Geflüchteter? Einwanderer? Gastarbeiter? Alle möglichen und unmöglichen Begriffe schwirren durch die Medien, meist bunt durcheinander gewürfelt und kaum einer weiß, was sie genau bedeuten.

Ausländer sind alle Menschen ohne Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes, aus deutscher Perspektive damit alle von US-Präsident Biden bis Queen Elisabeth II. - damit sind im medialen Kontext aber meist Menschen gemeint, die in Deutschland leben ohne die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen.

Migrant bedeutet entweder, dass jemand Immigrant ist, also nach Deutschland eingewandert, oder Emigrant, also aus Deutschland ausgewandert. Deshalb gibt es eigentlich keinen Sinn, einfach nur von Migranten zu sprechen, denn meist sind Immigranten gemeint.

Menschen mit (Im)migrationshintergrund sind in Deutschland lebende Personen mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit die selbst nach Deutschland eingewandert sind oder mindestens einen Elternteil haben, der ohne deutsche Staatsbürgerschaft geboren wurde. Menschen der dritten und folgen-

den Einwanderergenerationen gelten also oft nicht mehr als Personen mit Immigrationshintergrund.

Flüchtling ist nach der Genfer Flüchtlingskonvention eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt“ (Wikipedia, n. d.). Wie viele der nach Deutschland eingewanderten Geflüchteten wirklich als Flüchtlinge zählen kann man nicht sagen, denn oft ist nicht deutlich, ob eine Person die obige Definition erfüllt. Das Wort Flüchtling wird übrigens meist nicht mehr verwendet sondern es wird von Geflüchteten gesprochen.

In absoluten Zahlen ist Deutschland nach den USA das Land mit den meisten Immigranten weltweit. Insgesamt haben rund 21,2 Millionen Personen in Deutschland einen Immigrationshintergrund, was rund 26 % der Bevölkerung entspricht. Bei den Kindern unter 5 Jahren haben über 40 % einen Immigrationshintergrund – Kinder der dritten und folgenden Einwanderergenerationen meist nicht mitgerechnet. Die Verteilung der Menschen mit Immigrationshintergrund ist innerhalb Deutschlands nicht gleichmäßig. So leben überproportional viele Menschen mit Immigrationshintergrund in Großstädten und mehr als 95 % von ih-



nen in den alten Bundesländern. Von den Menschen mit Immigrationshintergrund besitzt die knappe Mehrheit die deutsche Staatsbürgerschaft (BPB, 2020).

Ob die Immigrationspolitik einen Einfluss auf die Situation der Mittel- und Unterschicht hat und ob dieser eher positiv oder negativ ist, lässt sich nur differenziert betrachten. In diesem Kapitel werde ich erst auf die Folgen der Immigration von qualifizierten Fachkräften eingehen die legal mit einem Arbeits- oder Studentenvisum bzw. visumfrei als EU-Bürger nach Deutschland einreisen und anschließend auf die Immigration von Geflüchteten.

### **Einwanderung qualifizierter Fachkräfte**

Ausländische Fachkräfte gehören zur Gruppe von Immigranten, die in hohem Masse dem Wohle der Gesellschaft dienen. Wenn Arbeitsstellen nicht besetzt werden können schadet dies der Wirtschaft und somit evtl. der Gesellschaft. Deshalb sind Industrieländer gut beraten, freie Stellen durch ausländische Fachkräfte zu besetzen. Nicht umsonst gab es große Immigrationswellen von ausländischen Gastarbeitern in fast allen westlichen Industriestaaten. Damals waren dies überwiegend ungelernete Arbeitskräfte, die zur damaligen Zeit, also von 1955 bis 1973, auch gebraucht wurden. Heutzutage ist die Nachfrage nach ungelerten Gastar-

beitern kaum mehr vorhanden. Die meisten Migrationsbewegungen gibt es derzeit innerhalb der EU. Das hat verschiedene Auswirkungen: In Großbritannien zeigen Statistiken, dass EU-Immigranten mehr in die Sozialsysteme einzahlen als sie davon herausbekommen. Die Polizeistatistik in Großbritannien zeigt auch, dass EU-Immigranten nicht häufiger kriminell sind als die britische Bevölkerung (Dearden, 2016). Statistiken für Deutschland, die nur ausländische Gastarbeitskräfte oder nur EU-Immigranten erfassen, waren leider nicht zu finden. Auf die Kriminalitätsrate von Menschen mit Immigrationshintergrund in Deutschland werde ich an anderer Stelle noch genauer eingehen.

Dass die nach Deutschland kommenden qualifizierten Fachkräfte dann als Arbeitskräfte in ihren Heimatländern fehlen und das Abwerben von qualifizierten Gastarbeitern ein egoistischer Akt des Aufnahmelandes wäre, wurde auch entkräftet: Erstens überweisen Immigranten global pro Jahr 600.000.000 Euro (600 Millionen) in ihre Heimatländer (meist zu ihren Familien, oft aber auch als Investition) und damit dreimal mehr als die jährliche weltweite Entwicklungshilfe (Guterres, 2018). Zweitens verstärkt Immigration die wirtschaftliche Beziehung mit den Herkunftsländern weil es eben viel leichter ist, mit einem Land Handel zu treiben wenn man einen Mitarbeiter hat, der die Sprache und Kultur des

Landes kennt. Der größte Teil der ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei kommt z. B. aus Deutschland, Österreich oder den Niederlanden, also aus Ländern in denen viele türkischstämmige Menschen leben (Sardoschau, 2019). Drittens gibt es aufgrund der hohen Geburtenraten in einigen Ländern viele junge Menschen und viel zu wenig Arbeitsplätze für diese. In Ländern mit geringer Industrialisierung kann z. B. ein Ingenieur viel schlechter einen Arbeitsplatz finden als in einem Industrieland. In vielen Fällen unterstützen die ausgewanderten Fachkräfte durch die obigen Punkte ihr Heimatland mehr wenn sie im Ausland arbeiten als wenn sie in ihrer Heimat bleiben und ihre Fähigkeiten nicht optimal einsetzen können.

In den USA kommen überproportional viele Innovationen von Immigranten (Tam, 2020) – was ein Grund dafür sein dürfte, wieso die USA zu den innovativsten Ländern der Welt zählen obwohl deren durchschnittlicher Intelligenzquotient im Ländervergleich nur an 26. Stelle liegt (Worlddata, n.d.). Außer während der Zeit in der Donald Trump Präsident war, haben die USA die intelligentesten Köpfe der Welt mit Stipendien, guter beruflicher Perspektive und relativ hoher Lebensqualität ins Land gelockt.

Deutschland hingegen legt hochqualifizierten Arbeitsmigranten durch übermäßige bürokratische Hürden Steine in den Weg.

Wer als ausländischer Akademiker über die sogenannte Blue Card eine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland möchte, muss ein Jahresgehalt von mindestens 56.800 Euro nachweisen (außer in einigen Mangelberufen). Dazu kommt, dass die Aufenthaltserlaubnis nicht bedeutet, dass es auch eine Arbeitserlaubnis gibt, diese muss separat angefragt werden (Personio, n. d.). 56.800 Euro Jahresgehalt entspricht einem Monatsbruttogehalt von 4733 Euro und das ist für einen Berufseinsteiger eine hohe Hürde. Die durchschnittlichen Bruttoeinstiegsgehälter der folgenden Berufe würden bei weitem nicht für eine Aufenthaltsgenehmigung über die Blue Card reichen: Informatiker: 3800 Euro, Ingenieur: 3850 Euro, Key Account Manager: 3900 Euro, Betriebswirt: 2800 Euro, Architekt: 2900 Euro, Eventmanager: 2750 Euro, Logopäde: 1800 Euro, Gerichtsmediziner: 3600 Euro, Physiotherapeut: 2100 Euro, Grundschullehrer: 2500 Euro (Karrierebibel, 2021).

Auch dürfen Arbeitsmigranten mit Arbeitsvertrag und Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland ihre Lebenspartner nur nachholen, wenn sie mit diesen verheiratet sind – in anderen Ländern wie den Niederlanden ist der Zuzug des Lebenspartners auch ohne Trauschein möglich. Da in Deutschland nicht einmal jeder Zweite verheiratet ist, fragt man sich doch, wieso ein Trauschein von ausländischen Fachkräften verlangt wird, die ihren Partner bei sich ha-

ben möchten. Auch wenn hochqualifizierte Arbeitsmigranten innerhalb Deutschlands die Arbeitsstelle wechseln kann dies zu Problemen bei der Aufenthaltsgenehmigung führen da diese oft an den Arbeitsvertrag mit einem bestimmten Arbeitgeber verknüpft ist. Wenn die Suche nach einem neuen Arbeitgeber etwas länger dauert, müsste der ausländische Arbeitnehmer das Land verlassen. Auch wird die Einbürgerung ausländischer Fachkräfte erschwert. Eine Einbürgerungshürde ist z. B., dass ein immigrierter Arbeitnehmer zwar eigentlich nach zwei Jahren eine permanente Aufenthaltserlaubnis bekommt – aber nicht, wenn dieser davor eine Aufenthaltsgenehmigung besaß, die an einen bestimmten Arbeitgeber gekoppelt war. Gerade hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte werden oft von ihrem internationalen Arbeitgeber nach Deutschland versetzt – und gerade diesen Leuten macht es der deutsche Staat schwer, hier Fuß zu fassen.

Auch wird bei öffentlichen Aufträgen, z. B. im IT-Sektor, meist eine Zuverlässigkeitsüberprüfung des eingesetzten Personals verlangt (Ausschreibungen-Deutschland.de, 2019). Klingt theoretisch sinnvoll – aber was bedeutet das in der Praxis? Wenn sich ein Unternehmen bei einer öffentlichen Ausschreibung beteiligt, müssen sich alle eingesetzten Mitarbeiter dieser Zuverlässigkeitsprüfung unterziehen. Das bedeutet, dass Behörden überprüfen, ob diese Per-

son in den letzten 5 Jahren z. B. straffällig geworden ist, zu extremistischen Organisationen Kontakt hatte oder anderweitig problematisch sein könnte. Kein Problem für Mitarbeiter, die seit über 5 Jahren in Deutschland sind weil entsprechende deutsche Ämter einfach Auskunft erteilen. Aber was ist mit Mitarbeitern, die noch keine 5 Jahre im Land sind? Dann müssen die Behörden im Heimatland des Mitarbeiters Auskunft geben – aber in vielen Ländern funktioniert die Kooperation mit Deutschland nicht und die dortigen Ämter geben keine Auskünfte, d. h. der betreffende hochqualifizierte Mitarbeiter darf nicht für das öffentliche Projekt eingesetzt werden. Weil kaum ein Unternehmen Mitarbeiter einstellt, die man für viele Projekte nicht einsetzen kann, bekommen hochqualifizierte Immigranten schlechter einen Job. Auch hat das Heimatland oft ein Interesse daran, nicht mit den deutschen Behörden bezüglich des Zuverlässigkeitschecks zu kooperieren, denn wenn die hochqualifizierten Immigranten hier keinen Job bekommen, gehen sie evtl. zurück in ihr Heimatland – was der dortigen Wirtschaft vermeintlich nutzt. Es ist juristisch sowie moralisch fraglich, ob man Personen bestrafen sollte, indem man sie von bestimmten staatlichen Aufträgen ausschließt, weil keine Information über sie verfügbar ist. Wäre es nicht sinnvoller und näher an der Basis unseres Rechtsstaates, die Unschuldsvermutung

gelten zu lassen? Man sollte meines Erachtens deshalb nur Personen bei öffentlichen Ausschreibungen ausschließen, über die negative Informationen vorhanden sind und nicht alle Menschen über die keine Informationen vorliegen.



Wenn man die gesamten Hürden für ausländische Fachkräfte aufzählen würde, würde das nicht nur den Rahmen dieses Kapitels sondern des ganzen Buches sprengen. Fakt ist: Durch diese und andere Einschränkungen schreckt Deutschland dringend benötigte hochqualifizierte Arbeitsmigranten ab. Wenn die deutsche Politik es dieser Immigrantengruppe schwer macht in Deutschland ein neues Leben aufzubauen, immigrieren diese Menschen in ein anderes Land, denn jedes hochentwickelte Land nimmt gerne qualifizierte Arbeitskräfte auf. Durch bürokratische Hürden verspielt Deutschland somit seine wirtschaftliche Stärke, was dann auch den Menschen der Mittel- und Unterschicht zum Verhängnis wird.

Antonio Guterres, Generalsekretär der UN, schrieb dazu im Jahr 2018: „Staaten, die Migration oder den Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt massiv beschränken, fügen sich selber unnötigen wirtschaftlichen Schaden zu, indem sie verhindern, dass legale Migration ihren Bedarf an Arbeitskräften deckt. Und noch schlimmer: Sie befördern illegale Migration.“

Dies ist eine digitale kostenlose Leseprobe.  
Der vollständige Text des Werks ist erhältlich  
als Print- sowie als E-Bookversion unter:

[www.deutschland-ist-asozial.de](http://www.deutschland-ist-asozial.de)

## Impressum



© 2021 RHINOVERLAG Dr. Lutz Gebhardt & Söhne GmbH & Co. KG

Am Hang 27, 98693 Ilmenau  
Tel.: 03677 / 46628-0, Fax: 03677 / 46628-80  
[www.RhinoVerlag.de](http://www.RhinoVerlag.de)

1. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung – auch von Teilen – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Verlages. Das gilt insbesondere für Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verbreitung in elektronischen Systemen.

**Titelgestaltung:** Verlag *grünes herz*<sup>®</sup>, Sibylle Senftleben

**Satz:** Verlag *grünes herz*<sup>®</sup>, Nicole Güntek

**Druck:** Florjančič tisk d.o.o., Maribor

**ISBN: 978-3-95560-889-7**